

**Reinickendorfer Str. 59
13347 Berlin**

Michael Fielsch • 13347 Berlin • Reinickendorfer Str. 59

**Amtsgericht Tiergarten
10548 Berlin**

Berlin, 3. Mai 2017

**Begründung meiner Berufung bezüglich des Urteils des Amtsgerichts
vom 17. März 2017
Geschäftsnummer:**

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezüglich des Urteils des Amtsgerichts vom 17. März 2017 (Geschäftsnummer:

ist der Gerichtsbarkeit leider wiederholt ein gravierender Fehler unterlaufen, den man im schriftlichen Urteil vom 31. März 2017 noch dazu sehr deutlich lesen kann. Auf Basis des Artikel 1 unseres Grundgesetzes müsste das Urteil eigentlich "**Im Namen der Würde**" und nicht "Im Namen des Volkes" gefällt werden. Im Namen des Volkes wurde bereits unbeschreiblich viel Leid (nicht nur in unserem Land) verübt, wie z.B. mehrere Kriege geführt, Millionen von Menschen (nicht nur in entsprechenden Lagern) ermordet oder Menschen an der innerdeutschen Grenze erschossen. Aktuell werden (angeblich zum Wohle des Volkes) u.a. immer mehr Menschen auf Basis der menschenverachtenden "Agenda 2010" in die Armut und somit in die existenzielle Vernichtung getrieben.

Ich möchte die Gerichtsbarkeit an dieser Stelle erneut darum bitte, dass sie endlich ihre Hausaufgaben macht und den Artikel 1 unseres Grundgesetzes bedingungslos in die Rechtsprechung einarbeitet und dies auch, um den Gesetzgeber zum Handeln zu zwingen. Dann könnten wir uns nämlich die sich ständig wiederholenden Theatervorstellungen in Ihren Räumen sparen und dem Leben mit Würde begegnen.

Urteile "Im Namen des Volkes" hatten wir nun bereits in so vielfältiger Form und dies von der Gesinnung her von ganz links bis ganz rechts gerichtet, was Sie gerne auch sogenannten "Geschichtsbüchern" entnehmen können.

Ich beantrage daher, das Urteil gegen mich vollständig aufzuheben.

Ich möchte des weiteren auf eine aktuelle Meldung* hinweisen, dass die neue politische Koalition das Sozialticket voraussichtlich ab Juli 2017 preisgünstiger anbieten möchte. Hier stellt sich mit die Frage: Warum will man den Preis für das Sozialticket senken, wenn selbst Ihre Gerichtsbarkeit behauptet, dass die aktuellen Regelsätze im sogenannten Hartz-IV-Bezug sowie in der Grundsicherung (nicht nur für die Mobilität) völlig ausreichend sind (siehe entsprechende Urteile)? Dies ist ein Widerspruch den es gilt aufzulösen, weswegen ich auch aus diesem Grund beantrage,

das gegen mich zu Unrecht gefällte Urteil vollständig aufzuheben.

*) Berliner Zeitung vom 20.01.17:

www.berliner-zeitung.de/berlin/verkehr/berliner-nahverkehr-sozialticket-wird-im-juli-billiger-25587538

Als dritten Punkt möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich trotz meines Vorruhestandes und ohne von der Gerichtsbarkeit z.B. durch "Arbeit statt Strafe" motiviert zu werden, (nachweislich) in gemeinnützigen Institutionen bzw. überhaupt gemeinnützig tätig, sowie gesellschaftlich aktiv bin. Diesbezüglich greife ich dem Bestreben unseres neuen Justizsenators bereits vorweg**, verarmten Menschen die Möglichkeit zu geben, fehlende finanzielle Mittel, um z.B. (auch) durch den Erwerb von Fahrkarten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, durch Strafarbeit kompensieren zu können. Meine diesbezüglich geleisteten Stunden gehen weit über Ihre finanziellen (Straf-) Forderungen hinaus, so dass wir diese einfach nur zu verrechnen brauchen. Ich versichere Ihnen außerdem an Eides statt, dass ich so lange wie es meine Gesundheit zulässt, auch weiterhin gesellschaftlich bzw. gemeinnützig aktiv bin und somit freiwillig mehr unentgeltliche Stunden für die Gesellschaft leiste, wie Sie mir je als (Geld-)Strafe überhelfen können. Die Einsparungen, die wir dadurch noch dazu innerhalb Ihrer Rechtsindustrie erreichen können, dürfen Sie mir dann gerne auf meinem Bankkonto überweisen, wovon ich dann jeden Monat (nicht nur) ein Sozialticket erwerben kann.

Ich beantrage auch aus diesem Grund, das Urteil gegen mich vollständig aufzuheben.

***) Berliner Morgenpost vom 06.12.2016:

www.morgenpost.de/berlin/article208893711/Keine-Haft-mehr-fuer-Schwarzfahrer.html

Gesamt zusammenfassendes Fazit meiner Berufungsbegründung:

Im Kern wissen alle beteiligten, dass unsere antiquierte Rechtsprechung auf Relikten des Mittelalters basiert und statt endlich präventiv zu handeln, um den erneuten rechten bzw. faschistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft die Basis zu entziehen, schaut die gesamte Gerichtsbarkeit wieder weg, statt mit Würde Verantwortung zu übernehmen.

Mit besten Dank für Ihre Kenntnisnahme und mit freundlichen Grüßen

Michael Fielsch